

Offener Brief an die Schweizer Bürgern und deren parlamentarischen und regierenden Vertretern.

Michel de Rougemont, den 21. Januar 2015

Die Schweizer Nationalbank musste beschliessen, den Mindestkurs des Schweizer Franken aufzuheben. Es ist ein Zeichen, dass das Fest zu Ende gekommen ist.

Weg ist die Illusion, dass die Schweizer Wirtschaft konkurrenzfähig war, während sie eben von den Massenkäufen von Devisen von der SNB in dieser Glaube gehalten wurde.

Weg ist die Illusion, dass die Gehälter, die Renten und andere Sozialleistungen in einem unveränderlichen Stein geritzt sind. Eine feine Schicht von monetärem Schutz konnte von der Erosion schützen, die nun lawinenartig anwachsen wird.

Weg ist die Illusion, dass es normal ist, mehr als 4 Franken für ein Kaffee zu bezahlen, bestehend aus warmen Wasser und dem Extrakt von 5 g einer Commodity, die 4 Fr pro kg auf dem internationalen Markt kostet; oder dass Entrecôte 66 Franken pro kg kosten soll.

Weg ist die Illusion, dass Immobilien gleichzeitig ein sicherer Hafen und eine gute Einkommensquelle sind.

Weg ist die Illusion, dass der Staat sich erlauben kann, stetig die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu verschlechtern, weil es „ihr gut geht“, und jede Art von Subventionen und weiteren Pfründen zu verteilen.

Weg ist die Illusion des Politikers, sich entscheidungsfähig zu halten, um eine Technologie als überholt zu verurteilen, und eine andere zu jedem Preis zu befördern.

Damit der Traum nicht zum Alptraum wird, muss man sofort aufwachen und sich in Schlachtordnung setzen.

Die Unternehmen wissen, was sie zu tun haben: ihre Margen revidieren, sich günstiger versorgen, und weiter die Bedürfnisse von ihren Märkten analysieren, um ihre Angebote anzupassen. Das heisst, weiterhin auf Innovation auf allen Gebieten zu setzen. Aber solche Reaktion kann kaum kurzfristig erfolgen.

Sie werden also wählen müssen, die Gehälter zu reduzieren oder die Anzahl von den Arbeitnehmern zu reduzieren. Man ist an die zweite Lösung gewöhnt, das ist die Arbeitslosigkeit, partiell oder ganz. Im Kontext dieser neuen Krise ist das keine gute Lösung, weil sie die Fähigkeit verringert, Neuerungen einzuführen und herzustellen, was überhaupt nicht kaputt gemacht werden darf. Die Lohnkürzung ist eines dieser Tabus, die niemand aufzugreifen wagt. Dennoch stellte eine Verminderung in der Grössenordnung von 10 % fast alle Margen der exportierenden Unternehmen wieder her. Selbstverständlich brauchte man dort eine wahre Gegenleistung, zum Beispiel eine signifikante Teilnahme der Angestellten an dem Eigentum des Unternehmens: Teilung der Wertsteigerung und Dividenden zwischen den Finanzleuten, den historischen Eigentümern und den Akteuren der Wertschöpfung. Die Gewerkschaften sind ideologisch dagegen, die Finanzleute glauben an die Exklusivität ihrer Forderungen, die Eigentümer glauben an ihre Unabhängigkeit: diesen Illusionen sollen endlich verschwinden. Jedes Unternehmen kann darüber sehr schnell verhandeln, kein Gesetz ist notwendig. So etwas gehört auch zur Innovation.

Grösstenteils sind die Einwohner der Schweiz Mieter. Ihre Mieten sind nicht gesunken, obschon die Zinssätze am tiefsten sind. Es ist ebenso Zeit, dass das auch sich ändert. Eine Mietreduktion von 20 bis 30 % sollte möglich sein. Die Immobilie ist ein sicherer Hafen, jedoch darf man nicht gleichzeitig

erwarten, davon eine hohe Rendite zu bekommen. Es wird schwer sein, das auf kurze Frist zu realisieren, es muss aber kommen.

Auf allen Niveaus sollen Gemeinde, Kantone, Bund, und weitere staatliche Institutionen und Versicherungen ihr „Service public“ den Turbulenzen anpassen, ihre invasive Bürokratie reduzieren und sich enthalten, ausser den absoluten Notwendigkeiten einzugreifen. Die Regierenden sollen die Hand auf ihren Verwaltungen zurücknehmen. Erste Massnahme: von drei Abgängen (Pension, oder sonst) soll maximal eine neue Einstellung stattfinden. Sofort machbar, es genügt, es zu wollen.

Die phantasmagorischen Programme zur Rettung des Planeten und zur Energiewende sind sofort zu stoppen. Weil diese Programme nutzlos, kontraproduktiv und schädlich sind.

Nutzlos: es ist leicht zu zeigen, dass die menschliche Aktivität nur zu einem kleinen Teil zur Erwärmung beiträgt, von der man sogar nicht weiss, ob sie schädliche Folgen hätte. Warum also, beharren, die Emissionen von CO2 um jeden Preis zu reduzieren, während die Weltwirtschaft von der Energie abhängt, um sich entwickeln zu können. Die Atomkraftwerke liefern in der Schweiz 40% der Strombedürfnisse. Eine jüngste Meinungsumfrage zeigt, dass eine bedeutende Mehrheit der Bevölkerung (77 %) denkt, dass sie sicher sind. Das ist die öffentliche Meinung, sehr entgegengesetzt zur veröffentlichten Meinung. Warum denn ihre Obsoletheit vorprogrammieren? Um jede Fachkompetenz zu verlieren und sich des Auslands für die Zukunft dieser Technologien abhängig zu machen?

Kontraproduktiv: die Erstellung einer Kohlenstoffbilanz braucht Intelligenzen, welche für nichts anders als solche unbedeutende Themen gewidmet werden, während diese Intelligenzen sich zu wahren Fortschritten orientieren sollten, eher als im Rückspiegel zu blicken. Wind und Photovoltaik auf jeden Kosten fördern, wird nicht vermeiden, dass diese Energien nicht in der Lage sind, eine stetige und kostengünstige Stromlieferung anzubieten. Dafür muss man Lagerung oder Extrakapazitäten installieren, die nicht mehr zur Verfügung stehen werden, wenn die Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Und das zu mehr als doppelten Kosten um so oder so, wie vorher, 220/380V unter 50 Hertz in der Steckdose zu bekommen. Kein wahrer Fortschritt, keine Förderung!

Schädlich: zuerst sind sie schädlich für den gesunden Menschenverstand, wegen fehlender Rechtfertigung. Man könnte sich sagen, dass so etwas unwichtig ist, und dass die skurrilsten Dummheiten demokratisch angenommen werden dürfen. Dabei vergisst man, dass am Ende, als der Wecker klingelt und wenn der gesunde Menschenverstand zurückkehrt, die Rechnung umso gesalzter ist. Meiste Anstrengungen und Zeit, welche diesen Programmen gewidmet werden, bestehen um Verhandlungen über wer welche Vorteile auf Kosten von wem bekommen soll. Diese „Subventionitis“ und die staatliche Schutzgelderpressung geben sich daher in Herzen Freude hin. Es ist eben ein Skandal der Entwicklung unseres politischen Systems, das niemand korrigieren möchte, weil jeder glaubt, ein kleines Interesse daraus auszuziehen, „le grain à moudre“ wie die Gewerkschaftler sagen. Wenn diese Krise nur erlaubte, diese Brut zu stoppen, wäre sie dann schon sehr vorteilhaft gewesen.

Das CO2 Gesetz vom 23. Dezember 2011, mit ungenauen Zielen, perversen Mitteln, und anzüglichen Modalitäten, muss also aufgehoben werden. Und man muss sich hindern, weitere Verpflichtungen in internationalen Gremien einzugehen.

Die Einführung des Pakets Energie2050 des Bundes muss auch gestoppt werden. Die Abstimmung über die "Atomausstiegsinitiative " sollte so bald als möglich stattfinden, ohne Gegenprojekt, damit die demokratische Antwort klar und deutlich sein wird. Dann wird man alle Zeit haben, um eine Energiestrategie zu bestimmen, welche erlaubt, weniger von fossilen Treibstoffen abzuhängen, deren Reserven nicht unendlich sind und von denen sich die Erzeuger in geopolitischen Situationen finden, die uns nicht beschäftigen sollten, ohne dafür unnötig die Vertriebs- und Versorgungskosten aller Energieformen klettern zu lassen.

Eine große Anzahl von Beamten werden durch diese Umschwünge geärgert sein, und dann? Sie dürfen einfach gehorchen!

Die Finanzwelt, geheimnisvoll und so wenig fähig zu wissen, was die Wirtschaft bedeutet, wird sich trotz allem reformieren. Verluste, die wegen einer Entscheidung einer Zentralbank kommen, werden sich mit Gewinnen woanders ausgleichen. Die SNB wird diesen Drachen zähmen können, wenn notwendig ihm sogar sehr hohen, negativen Zinsen auferlegen. Auch mit der Einführung von Fristen zwischen nachfolgenden Börsen- oder Wechseltransaktionen kann man ungerechtfertigten Überschwänge vermeiden, und dazu wird klar gemacht, dass diese Leute aufhören müssen, sich als Orchesterdirigent zu glauben. Ihrerseits werden die Pensionskassen, und ihre Versicherten, aufhören sollen, Erträge systematisch für möglich zu halten, die dem allgemeinen wirtschaftlichen Fortschreiten überlegen sind.

Das Aufwachen ist nicht leicht, aber notwendig.

Ich wünsche Ihnen, diesen neuen Tag mit einem strammen Frühstück zu beginnen, mit auf der Menükarte die Ingredienzen, liberal aber protektiv, die ich Ihnen gerade angeboten habe.